

Fragen für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. Oktober 1971

am Donnerstag, dem 21. Oktober 1971

am Freitag, dem 22. Oktober 1971

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	13, 16 *)
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen . .	4, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 20 *)
Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungs- wesen	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	13

**) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Kleinert In welchen Bundesgesetzen und Verordnungen wird der Begriff des Haushaltungsvorstands verwendet?
2. Abgeordneter
Kleinert Welche Vorschläge könnte die Bundesregierung machen, um solche, die Ehegatten unterschiedlich bewertenden Bestimmungen zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordneter
Härzschel Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung vieler Ärzte, im Interesse der Volksgesundheit die Werbung für Tabakerzeugnisse zu untersagen, und ist in absehbarer Zeit mit einer Entscheidung in dieser Frage zu rechnen?
4. Abgeordneter
Härzschel In welchen Ländern ist die Werbung für Tabakerzeugnisse verboten, und welche Erfahrungen wurden dabei gesammelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

5. Abgeordneter
Dr. Slotta Bestätigt die Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen in Bonn, daß z. B. in England auf jedes Kind 20 qm, in der UdSSR 8 qm, in der Schweiz 6 qm, in der Bundesrepublik Deutschland nur 0,5 qm Spielplatz kommen, daß weiterhin die Bundesrepublik Deutschland ungünstig abschneidet bei einem Vergleich der Erholungslandschaft für Kinder und Erwachsene außerhalb der Stadtgrenzen, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung im Hinblick auf das Ziel einer bürger- und kinderfreundlichen Städteplanung einleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

6. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks** Wie glaubt die Bundesregierung miteinander vereinbaren zu können, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen namens der Bundesregierung auf die Anfrage der

CDU/CSU-Fraktion (Drucksache VI/2500) versichert, daß es jedem Bürger freigestellt bleibt, diejenigen Bezeichnungen zu verwenden, die er nach eigener Verantwortung für richtig hält und der Bundesverteidigungsminister zum gleichen Zeitpunkt aber den ihm unterstehenden Staatsbürgern durch Erlaß befiehlt, welche Bezeichnungen im amtsinternen Gebrauch verwandt werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Engelsberger | Wie vereinbart sich die am 11. November 1970 auf meine Anfrage vor dem Deutschen Bundestag vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dorn, gegebene Auskunft, daß von einer Eskalation der Spionagetätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren überhaupt keine Rede sein könne, mit der vor kurzem veröffentlichten Feststellung des früheren Spionage-Abwehrchefs beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Gehlen: „Die Ostspionage stagnierte zu keiner Zeit, sondern ist auf allen Gebieten Jahr für Jahr verstärkt fortgeführt worden“? |
| 8. Abgeordnete
Frau Renger | An welchen Vorhaben bzw. Institutionen für den Umweltschutz der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen ist die Bundesrepublik Deutschland beteiligt? |
| 9. Abgeordneter
Geiger | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die zivilen Bevölkerungsschutzorganisationen für ihre Sprechfunkgeräte, die sie im ständigen Einsatz notwendig brauchen, nicht nur einmalige Lizenzgebühren, sondern laufend Gebühren an die Deutsche Bundespost zahlen müssen, obwohl der Deutschen Bundespost durch den Betrieb dieser Geräte keinerlei Kosten entstehen? |
| 10. Abgeordneter
Geiger | Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß diesen Organisationen, die ihre Tätigkeit ehrenamtlich verrichten, diese Gebühren erlassen werden, um damit eine starke materielle Belastung der ehrenamtlichen Helfer zu beseitigen? |
| 11. Abgeordneter
Baron
von Wrangel | Treffen Pressemeldungen zu, nach denen zum Zwecke der Auswechslung der Hinweisschilder „Halt — Zonengrenze“ entlang der Demarkationslinie zur DDR der Bundesminister des Innern Anweisung erteilt hat, den Bedarf an neuen Schildern nach Bonn zu melden, und welche Beschriftung ist nach bisher vorliegenden Überlegungen geplant? |

12. Abgeordneter
**Baron
von Wrangel**
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Schilder lediglich im Zuge normaler Auswechslung geändert werden sollten, um die nach Schätzung von Sachverständigen für eine einmalige Aktion erforderlichen Mittel in Höhe von mehr als 500 000 DM für dringlichere Vorhaben zur Verfügung stellen zu können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Wirtschaft und Finanzen**

13. Abgeordneter
Ott
- Wie klärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen dem Rundschreiben des Bundesministers für Wirtschaft vom 28. Januar 1971, wonach „vermögenswirksame Leistungen arbeitsrechtliche Bestandteile des Lohnes oder Gehaltes sind“, und der Pressemitteilung 4320 vom 11. Oktober 1971 des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, daß die Bundesregierung für unerwünscht hält, wenn die Unternehmer von der Überwälzung dieses Kostenfaktors Gebrauch machen?
14. Abgeordneter
Ott
- Trifft die Meldung im Handelsblatt vom 8./9. Oktober 1971 zu, wonach „die Bundesregierung somit in dieser Überwälzungsdiskussion vor dem Deutschen Bundestag offensichtlich aus politischen Gründen unrichtige Angaben gemacht hat“?
15. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Landwirtschaft große Beunruhigung herrscht, weil auf Grund der geübten Praxis der Vorauszahlung von Gasölbetriebsbeihilfen, die einen nachträglichen Ausgleich bedingt, häufig kurzfristig Zurückzahlungen erforderlich werden, wenn die Voraussetzungen für die Vorauszahlungen weggefallen sind?
16. Abgeordneter
Strohmayer
- Ist gewährleistet, daß die in der Fachzeitschrift „Lohnsteuer aktuell“ dargelegten Bestimmungen des Gesetzes über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (BGBl. 1970 I S. 1125), die insbesondere bei Arbeitsplatzwechsel oder Beendigung des Berufslebens zu beachten sind, auch allen Betroffenen ausreichend bekannt sind, um finanzielle Verluste durch Unkenntnis zu vermeiden?
17. Abgeordneter
Strohmayer
- Sind die in der Zeitschrift „Quick“ Nr. 41 angezeigten Schwierigkeiten bzgl. des Nachweises des gezahlten Konjunkturzuschlags bei Computer-Gehaltsabrechnungen zu erwarten?

18. Abgeordneter
Dr. Sperling Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der Gestaltung von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen für Wissenschaftler an Forschungsinstituten bisher entwickelt, und sollen derartige Zeitverträge nach den allgemeinen Grundsätzen des für den öffentlichen Dienst geltenden Tarifrechts gestaltet werden?
19. Abgeordneter
Dr. Sperling Für welche Altersgruppe von Wissenschaftlern sollen gegebenenfalls solche nicht nach dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes gestalteten Zeitverträge gelten, und mit welchen Mitteln will die Bundesregierung in solchen Fällen den weiteren beruflichen Werdegang der davon betroffenen Wissenschaftler und insbesondere deren soziale Sicherung langfristig gewährleisten?
20. Abgeordneter
Dr. Evers Trifft es zu, daß das vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz über die Abgabe von bundeseigenen Grundstücken bisher nicht zur Anwendung gelangen kann, da die zu diesem Gesetz erforderlichen Durchführungsbestimmungen bisher nicht erlassen worden sind?
21. Abgeordneter
Dr. Evers Bis wann gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzes zu erlassen, damit dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen werden kann?
22. Abgeordneter
Dr. Kempfler Erscheint es der Bundesregierung sinnvoll, daß einerseits Bausparen nicht nur durch Prämien, sondern auch durch Sonderabschreibungen begünstigt wird, andererseits aber für die Zinsen des Bausparguthabens Steuern bezahlt werden?
23. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof) Hat der Bundesminister der Finanzen inzwischen die Richtlinien zur Durchführung des Gesetzes über die verbilligte Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von bundeseigenen Grundstücken erlassen?
24. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof) Wenn diese Richtlinien noch nicht erlassen sind, frage ich die Bundesregierung, zu welchem Zeitpunkt man mit einem solchen Erlaß rechnen kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

25. Abgeordneter
Lenzing Wird die Bundesregierung bei den anstehenden Preisgesprächen in Brüssel darauf hinwirken, daß die falsche Preisrelation von Mais zu Gerste, die immer schon bestand, die aber durch die Anhebung des Grundpreises für

Gerste um 4% bei unverändertem Maispreis noch verschärft wurde, beseitigt wird, damit die deutsche Futtergerste, die zur Zeit fast unverkäuflich ist, einen gesicherten Markt findet?

26. Abgeordneter
Lensing

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die unzulängliche Reportgestaltung für Gerste, welche bis einschließlich September keine Zuschläge und ab Oktober den nicht kostendeckenden Zuschlag von 2,97 DM je Tonne erhält, verbessert wird?

27. Abgeordneter
Kiechle

Wie beurteilt die Bundesregierung die laut Erdinger Anzeiger vom 12. Oktober 1971 vor Kreisräten, Stadträten und dem oberbayerischen Regierungspräsidenten Dr. Deinlein gemachte Äußerung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Feststellungen aus dem Zuhörerkreis, daß hinsichtlich der Erbschaftsteuer eine Anpassung der heutigen Gesetzgebung nötig sei, um das Bestehen einer gemeinnützigen Stiftung weiter zu ermöglichen: „Am besten, man arbeitet nicht mehr, dann hat man nichts zu vererben und die hohe Erbschaftsteuer fällt damit auch weg“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter
Pensky

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitnehmer, die ehrenamtlich in Prüfungsausschüssen der Industrie- und Handelskammern, in kommunalen Vertretungskörperschaften, sowie als Schöffen und Geschworene pp. tätig sind, Nachteile in der Sozialversicherung dadurch erleiden, daß Arbeitgeber es zum Teil ablehnen, die erstatteten Lohnausfallentschädigungen entgegenzunehmen, um sie zusammen mit dem Arbeitsentgelt dem sozialversicherungspflichtigen Arbeitseinkommen zugrunde zu legen?

29. Abgeordneter
Pensky

Hält es die Bundesregierung nicht für geboten, Regelungen zu treffen, durch die die Arbeitgeber verpflichtet werden, Lohnausfallentschädigungen in den oben genannten und ähnlichen Fällen entgegenzunehmen und sie dem sozialversicherungspflichtigen Einkommen zuzuschlagen, damit Nachteile in der Sozialversicherung vermieden werden?

30. Abgeordneter
Varelmann

Ist der Bundesregierung entgangen, daß sie bei ihren Plänen zur Reform der Rentenversicherung dem jetzigen Kreis der Rentner keine bedeutsame Änderung in ihrer Lebenssituation bringen wird?

31. Abgeordneter
Varelmann Hat die Bundesregierung festgestellt, daß ihre Pläne bezüglich Kleinstrentner diesem Personenkreis keine Hilfe bietet, insbesondere weil die große Zahl der unzureichenden Witwenrenten gar nicht oder nur kaum betroffen wird?
32. Abgeordneter
Geisenhofer Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten nach dem Lohnfortzahlungsgesetz noch eine ungleiche benachteiligende Behandlung der Arbeiter gegenüber den Angestellten bei der Gewährung sog. Schonzeiten nach Badekuren besteht, da im Gegensatz zu den Angestellten, der Arbeiter nur dann eine Schonzeit beanspruchen kann, wenn er arbeitsunfähig aus der Kur entlassen wird?
33. Abgeordneter
Geisenhofer Ist die Bundesregierung bereit, diesen unerfreulichen Zustand durch eine entsprechende Ergänzung des § 11 Abs. 2 des Bundesversorgungsgesetzes in der Weise zu beseitigen, daß wenigstens allen Kriegsbeschädigten nach Badekuren generell eine Schonzeit von mindestens zehn Tagen zu gewähren ist?
34. Abgeordneter
Schedl Welche Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse einer von ihr zugesagten Untersuchung liegen der Bundesregierung vor in der Frage der Kostenbelastung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, auf dem Gebiet der Berufsausbildung und der Berufsbildung?
35. Abgeordneter
Peiter Ist der Bundesregierung der erfolgreiche Verlauf der von der AOK für den Unterwesterwald-Kreis in Montabaur durchgeführten zweiten Gesundheitswoche bekannt?
36. Abgeordneter
Peiter Wird die Bundesregierung in Verbindung mit den Bundesländern initiativ werden, damit ähnliche Veranstaltungen in allen Landkreisen durchgeführt werden?
37. Abgeordnete
Frau Lauterbach Stimmt die Bundesregierung mit mir überein, daß im Rahmen des Aktionsprogrammes des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Förderung der Rehabilitation der Behinderten auch ein Autotelefon für schwer körperbehinderte Autofahrer — vor allem Querschnittsgelähmte — eine Hilfeleistung für deren Bewegungsfreiheit und Sicherheit darstellt, und welche Möglichkeit besteht, als Rehabilitationsmaßnahme die entsprechenden Grundgebühren ganz oder teilweise vonseiten des Bundesministeriums oder gegebenenfalls eines anderen Kostenträgers der Rehabilitation zu übernehmen, da die Deutsche Bundespost eine Gebührenbefreiung nicht vornehmen kann?

38. Abgeordneter
Ziegler Welche Ergebnisse hat die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, die die Arbeit des früheren Arbeitskreises Automation fortführt, inzwischen erbracht?
39. Abgeordneter
Ziegler Welche Forschungsaufträge wurden durch die Kommission bisher vergeben, welche Kosten sind für die einzelnen Projekte veranschlagt, und wer erhielt die Aufträge?
40. Abgeordnete
Frau Dr. Diemer-Nicolaus Ist die Bundesregierung bereit, einen umfassenden Forschungsauftrag über die Auswirkung der Frauenarbeit auf die Volkswirtschaft zu vergeben?
41. Abgeordnete
Frau Dr. Diemer-Nicolaus Ist die Bundesregierung bereit, Untersuchungen über die Motive der Frauen für eine Erwerbstätigkeit zu veranlassen?
42. Abgeordneter
Meister Sieht die Bundesregierung den ursächlichen Zusammenhang zwischen Arbeitsförderungs-gesetz und dem daraus resultierenden lawinenhaften Ansteigen der benötigten Mittel bei einer möglichen größeren Arbeitslosigkeit?
43. Abgeordneter
Meister Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der oben genannten Belastung vorbeugend entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

44. Abgeordneter
Picard Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob und inwieweit Pressemeldungen in mehreren Zeitungen vom 6. bzw. 7. Oktober 1971 — darunter „Darmstädter Echo“, „Darmstädter Tageblatt“, „Frankfurter Neue Presse“ und „Tagespost“ — zutreffen, wonach ein im Kreis Dieburg ansässiger Spediteur im Auftrag der Deutschen Bundesbahn größere Mengen Waffen für die Bundeswehr ohne jegliche Bewachung per Lastwagen beförderte?
45. Abgeordneter
Picard Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um Waffentransporte gegen Diebstahl oder Mißbrauch besser zu sichern als bisher?

46. Abgeordneter
Bäuerle Ist der Bundesregierung bekannt, daß private Speditionsunternehmen im Auftrag der Deutschen Bundesbahn laufend große Mengen Waffen ohne Schutz transportieren und dieselben über Wochenenden hinweg zum Beispiel auf dem Hof eines im Dieburger Kreis wohnenden Unternehmers abgestellt sind?
47. Abgeordneter
Bäuerle Um Waffendiebstählen vorzubeugen, frage ich, was wird die Bundesregierung veranlassen, damit solche Transporte zukünftig ausreichend geschützt werden?
48. Abgeordneter
**Dr. Schmidt
(Gellersen)** Hat es für die an den Herbstmanövern in Niedersachsen teilnehmenden Truppenverbände besondere Vorschriften über die Fahrzeugbewegungen im Gelände und über die Sonderausstattung der Kettenfahrzeuge im Straßenverkehr gegeben?
49. Abgeordneter
**Dr. Hauser
(Sasbach)** Weshalb ist die Bundesregierung mit der Erfüllung ihrer gemäß § 8 des unter dem 30. September 1968 vereinbarten Verwaltungsabkommens über das wehrgeschichtliche Museum in Rastatt mit dem Land Baden-Württemberg übernommenen Verpflichtung, die Kosten der Erstellung des wehrgeschichtlichen Museums in Rastatt zu tragen, in Verzug, sodaß die von Baden-Württemberg bereits seit vier Jahren in Angriff genommene Instandsetzung des Rastatter Schlosses nicht Zug um Zug mit der dringend erforderlichen Herrichtung des unentgeltlich darin untergebrachten Museums fortgeführt werden kann?
50. Abgeordneter
Dr. Jenninger Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs zu den Bundeshaushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 1968 und 1969 Textziffern 194 bis 200 (Entwicklung und Beschaffung des Waffensystems F 104 G) mit keinem Wort von dem früheren Bundesverteidigungsminister Dr. Strauß die Rede ist und daß daher Behauptungen in der Presse, der Bundesrechnungshof übe massive Kritik an der Person Dr. Strauß, unzutreffend sind?
51. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)** Wie hoch ist der Wert der Leistungen der Bundeswehr für die Olympischen Spiele 1972 in München zu veranschlagen?
52. Abgeordneter
Engelsberger Sieht die Bundesregierung auf Grund der im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time“ veröffentlichten Analyse der Situation an der Nordflanke der NATO, daß die Sowjets gegenüber der NATO eine Überlegenheit bei den Bodentruppen von 4 : 1, in der Luft von 7 : 1 und auf dem Wasser von 6 : 1 besitzen, nicht eine Beeinträchtigung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, und wie beurteilt

die Bundesregierung die auf Grund der Analyse getroffene Feststellung, daß die Russen damit beschäftigt seien, an der NATO-Nordflanke eine geballte militärische Kraft zu entfalten, um damit in den 70er und 80er Jahren ihre politischen Absichten zu erreichen?

**Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|--|--|
| 53. Abgeordneter
Dr. Arnold | Hält die Bundesregierung angesichts der großen Zahl der im Auto verunglückten Kinder amtliche Richtlinien für Kindersitze und -gurte in Kraftfahrzeugen für erforderlich? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Schmude | Zieht die Bundesregierung in Betracht, das Überfliegen des Bundesgebiets im zivilen Luftverkehr mit Überschallgeschwindigkeit zu verbieten? |
| 55. Abgeordneter
Folger | Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Städten neben den bisher schon bekannten schädlichen Nebenwirkungen einer verstärkten Streusalzverwendung (erhöhte Korrosion an Kraftfahrzeugen, Schäden bei Tieren und an den Fahrbahndecken) auch die Grünanlagen entlang der Straßen durch salzhaltiges Spritzwasser und Sprühnebel angegriffen werden? |
| 56. Abgeordneter
Folger | Kann damit gerechnet werden, daß die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine generelle Neuregelung der bundesgesetzlichen Vorschriften über die Verwendung von Streusalzen vorschlagen und eine Überarbeitung der Richtlinien für den Winterdienst vornehmen wird? |
| 57. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen | Wann ist damit zu rechnen, daß die Kritik an den Verspätungen im Intercity-Verkehr ausgeräumt werden kann, da natürlich vor allem auch das Personal der Deutschen Bundesbahn darunter leidet? |
| 58. Abgeordneter
Dr. Gruhl | Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Schäden, die der Volkswirtschaft durch steigende Verwendung von Streusalzen auf den Straßen besonders an Grünanlagen, an landwirtschaftlichen Flächen, für Gewässer, Straßendecken und an Fahrzeugen (Korrosion) entstehen? |
| 59. Abgeordneter
Dr. Gruhl | Ist die Bundesregierung bereit, durch die Vergabe von Forschungsaufträgen die Entwicklung von unschädlichen Ersatzstoffen für das Streusalz und die Lösung dieses Problems voranzutreiben? |

60. Abgeordneter
Dr. Kempfler Entsprechen die Vorwürfe des Tierschutzvereins Bozen, wonach beim Transport von Schlachtvieh von Deutschland nach Italien mit dem Tierschutzgedanken unvereinbare Mißstände herrschen (Überfüllung der Waggon, falsche Ernährung des Viehs) den Tatsachen?
61. Abgeordneter
Wagner
(Günzburg) Ist die Bundesregierung bereit, den Straßenbauämtern der Länder die Etatmittel so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, daß die Auftragsvergabe nicht zur Bauhochsaison erfolgen muß?
62. Abgeordneter
Dr. Mende Trifft es zu, daß mitteldeutsche Postdienststellen ohne Absenderangabe aber mit vollständiger Empfängeranschrift versehene Briefsendungen lediglich deshalb einziehen, weil diese nicht oder unterfrankiert sind?
63. Abgeordneter
Dr. Mende Entspricht ein solches Verfahren der allgemeinen Praxis bei Postverwaltungen?
64. Abgeordneter
Niegel Welche Gründe sind maßgebend, daß die Notendruckerei der Bundesdruckerei, die bisher den größten Teil der deutschen Geldscheine in Berlin herstellte, von Berlin nach Frankfurt abgezogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

65. Abgeordneter
Grüner Trifft es zu, daß die Verzögerung der Zentralen Registrierstelle für Studienbewerber in Hamburg bei der Zuweisung von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Fächern zum kommenden Wintersemester unter anderem auch auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen ist?
66. Abgeordneter
Grüner Warum kann die Bundesregierung, wenn sie im Bundeshaushalt 1971 Mittel für die Beteiligung an den Kosten der Zentralen Registrierstelle bereitgestellt hat, diese nicht umgehend zur Behebung der aufgetretenen Schwierigkeiten zur Verfügung stellen?
67. Abgeordneter
Dr. Enders Trifft es zu, daß zahlreiche Studienplatzbewerber erst kurz vor Beginn des Wintersemesters 1971/72 von der Zentralen Registrierstelle über die Zuteilung eines Studienplatzes informiert wurden?
68. Abgeordneter
Dr. Enders Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit die Studienplatzbewerber künftig rechtzeitig vor Semesterbeginn über die Zuteilung eines Studienplatzes verständigt werden und im Falle der Ablehnung ihres Gesuchs eine andere Studienrichtung einschlagen können?

69. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung bereit, die von früheren Regierungen gegebene Zusage einzuhalten, daß nach der Fusion der Anstalten für Luft- und Raumfahrt (AVA - Göttingen, DFL - Braunschweig, DVL - Porz, DVL - Oberpfaffenhofen, DFL - Stuttgart, DVL - Stuttgart) und der dadurch ermöglichten Verminderung der Verwaltungskosten der fachliche Ausbau der Forschungsbereiche vorgenommen wird?
70. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß eine Umorganisation, Verlegung, ja Auflösung wichtiger Institute mit Schwerpunkt-aufgaben in der DFVLR — da sie schwerwiegende wissenschaftliche und soziale Folgen nach sich ziehen — nur tragbar ist, wenn alle Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung ausgeschöpft werden, und die Bundesregierung vor allem über ein von anerkannten Fachwissenschaftlern, den zuständigen Ministerien und der einschlägigen Industrie erarbeitetes Programm über die zukünftigen Schwerpunkte der Luft- und Raumfahrtforschung nach nationalen, internationalen und allgemein technologischen Gesichtspunkten verfügt?
71. Abgeordneter
Lenzer Welche sachlichen und organisatorischen Maßnahmen ergreift die Bundesregierung in bezug auf das Deutsche Rechenzentrum (DRZ) in Darmstadt?
72. Abgeordneter
Lenzer Trifft es zu, daß zwar die Forschungsthematik, nämlich Datenfernverarbeitung, festgelegt worden ist, aber nicht überprüft wurde, für wen und mit wem die Datenfernverarbeitung durchgeführt wird?
73. Abgeordneter
Dr. Hauff Welche Maßnahmen bereitet die Bundesregierung vor, um der Ankündigung der Volkswagenstiftung zu begegnen, daß sie voraussichtlich ab 1973 die Finanzierung der Hochschul-Informationssystem GmbH beenden wird?
74. Abgeordneter
Pfeifer Welches sind die Ursachen dafür, daß nicht erst in diesem, sondern auch schon in früheren Semestern die Ermittlung der Studienbewerber in Fächern mit Numerus clausus durch die Zentrale Registrierstelle so spät abgeschlossen werden konnten, daß die Studienbewerber erst wenige Tage vor Semesterbeginn ihre Zulassungs- bzw. Ablehnungsbescheide erhalten haben?
75. Abgeordneter
Pfeifer Beabsichtigt die Bundesregierung, sich mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Verbindung zu setzen, um einen schnelleren Abschluß des Zulassungsverfahrens zu erreichen?

76. Abgeordneter
**Dr. Hermesdorf
(Schleiden)** Fördert die Bundesregierung auf der Grundlage des Rahmenabkommens zwischen Bund und Ländern über Planung, Finanzierung und Durchführung von Modellversuchen im Bildungswesen neben den Schulversuchen mit integrierten Schulmodellen auch solche in gegliederten Schulformen?
77. Abgeordneter
**Dr. Hermesdorf
(Schleiden)** Wie viele Schulversuche fördert die Bundesregierung mit Integrationsmodellen, mit nicht integrierten Modellen, und wie verteilen sich die für Schulversuche bewilligten Bundesmittel auf die beiden Gruppen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

78. Abgeordneter
Wolfram Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in Ausführung des Kabinettsbeschlusses vom 11. Februar 1971 unternommen, um die Öffentlichkeitsarbeit für Entwicklungspolitik im schulischen und pädagogischen Bereich zu intensivieren?
79. Abgeordneter
Wolfram Welche Fördermaßnahmen sind für den Austausch kommunaler Patenschaften mit Entwicklungsländern vorgesehen?
80. Abgeordnete
Frau Lauterbach Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung in der von mir in der Entwicklungshilfe-Debatte des Deutschen Bundestages angesprochenen Management-Ausbildung entwickelt, um dem wachsenden Bedarf der Entwicklungsländer an qualifizierten Managementkräften gerecht zu werden, und welche Erfahrungen hat sie bereits in diesem Bereich gemacht?
81. Abgeordneter
Werner Welche Maßnahmen, die bisher im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder deren angegliederten Bundesstellen durchgeführt werden, könnten von privaten Einrichtungen ebenso gut oder besser erledigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

82. Abgeordneter
Dr. Jenninger Wie vereinbart sich die Aussage des Bundeskanzlers auf dem IG-Metall-Kongreß vom 27. September 1971: „Es wird — soweit der Einfluß der Regierung reicht — keine Stabilisierung auf dem Rücken der Arbeitnehmer geben“ mit den Beschlüssen der Bundesregierung zu Steuererhöhungen und mit den ständig steigenden administrativen Preisen?

83. Abgeordneter
Dr. Wagner
(Trier) Findet es die Billigung der Bundesregierung, daß ihre offiziellen Werbeschriften, z. B. der Sozialreport 71, zusammen mit Werbeschriften der Koalitionsparteien, wobei diese Schriften in den Sozialreport eingelegt werden, zur Verteilung kommen?
84. Abgeordneter
Dr. Wagner
(Trier) Wer veranlaßt derartige gemeinsame Versendungen, und wer trägt das Porto hierfür?
85. Abgeordneter
Wohlrabe Treffen Meldungen zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation über das alliierte Berlin-Abkommen und über ihre eigenen Bemühungen in Berlin in großer Auflage ggf. an alle Haushaltungen in Berlin zu verteilen?
86. Abgeordneter
Wohlrabe Wenn ja, wann ist eine derartige Werbeaktion beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

87. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München) Ist die Bundesregierung bereit, bei der italienischen Regierung zu veranlassen, daß die gegen den Abgeordneten des bayerischen Landtags, Erwin Stein (München), verhängte Einreisesperre nach Italien aufgehoben wird, und ist die Bundesregierung weiter bereit, die italienische Regierung zu ersuchen, die Gründe für die Einreiseverweigerung darzulegen?
88. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München) Haben von albanischer Seite Initiativen die Bundesregierung erreicht, in denen ein Interesse an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angedeutet wurde, und wie hat die Bundesregierung darauf reagiert, bzw. wie gedenkt sie darauf zu reagieren?
89. Abgeordneter
Schedl Hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des Warschauer Vertrags führten, oder danach der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei einen Anlaß gegeben, in ihrer Aufklärungskampagne über den Vertrag zu behaupten, sie sei im Besitz von Zusicherungen, wonach die Bundesrepublik Deutschland auch in einem Friedensvertrag die Frage nach der Grenze an Oder und Neiße nicht wieder aufwerfen wird, oder haben die die Bundesregierung tragenden Kräfte dies getan?

-
90. Abgeordneter
Baler
- Liegt inzwischen die Gesamtdokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen der Bundesregierung vor, und hat die Bundesregierung inzwischen, wie der seinerzeitige Bundesaußenminister Brandt in Aussicht stellte, die Frage der Veröffentlichung der Gesamtdokumentation geprüft?
91. Abgeordneter
Niegel
- Welche Kosten sind im einzelnen für die Herstellung der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges entstanden, welche für die Entschädigung des Verlags, weil die Bundesregierung die Bände nach wie vor unter Verschuß hält, und unter welchen politischen Kriterien ist die Bundesregierung bereit, die Dokumentation der Öffentlichkeit freizugeben?
92. Abgeordneter
Weigl
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Plan einer Europäischen Sicherheitskonferenz durch gemeinsame Aktionen zahlreicher links orientierter politischer Gruppierungen gefördert und propagiert werden soll, und wie beurteilt sie insbesondere die Aktivität des „Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz“?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Engelsberger
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung in ihren Schreiben an den Ministerpräsidenten der „DDR“, Stoph, dem Bestimmungsort Berlin den Zusatz „Sitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ anfügt, und wie vereinbart sich bejahendenfalls diese Tatsache sowohl mit dem Vier-Mächte-Status für ganz Berlin als auch mit der kürzlich vor der Berliner Industrie- und Handelskammer abgegebenen Erklärung des amerikanischen Lot-schafters Rush, „daß Ost-Berlin nicht als ein Teil der DDR behandelt wird“ und „ganz Berlin ein Gebiet darstellt, das nicht Teil Ostdeutschlands ist“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

2. Abgeordneter
Engelsberger
- Warum hat, nachdem die Bundesregierung auf meine diesbezügliche Anfrage bestätigt hat, daß Bundeskanzler Brandt die Reise auf die Krim in seiner Eigenschaft als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland unternommen hat, nicht auch der Bundesaußenminister oder wenigstens dessen Staatssekretär teilgenommen, und warum hat der Bundeskanzler die für Deutschland wichtigen Gespräche nicht mit dem Regierungschef der UdSSR, Kossygin, sondern ausschließlich mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, geführt?
3. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)**
- Ist die ap-Meldung vom 3. Oktober 1971 richtig, daß die Bundesregierung dafür eintritt, daß eine ausgewogene Verminderung von Truppen und Rüstungen auf der westlichen Seite außer in der Bundesrepublik Deutschland auch in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden erfolgen solle, während sie auf der östlichen Seite nur das Territorium der DDR, Polens und der CSSR umfassen solle, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dabei auch von geographischer Ausgewogenheit die Rede sein könne?
4. Abgeordneter
Dr. Hubrig
- Hält die Bundesregierung die in der 61. und 64. Sitzung des Deutschen Bundestages gegebenen Antworten auf die Fragen der Abgeordneten Rommerskirchen, Dr. Klepsch, Haase (Kassel) zum Komplex „Geltendmachung von Reparationsforderungen“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt in vollem Umfang aufrecht?

5. Abgeordneter
Dr. Hubrig
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß weder im Zuge der Vorverhandlungen und Verhandlungen, die zum deutsch-sowjetischen Vertrag geführt haben, noch bei den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnjew, in Moskau und Oreanda Reparationsforderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben oder in Aussicht gestellt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation zur Ausbildung von Sportmedizinerinnen in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um die Voraussetzung zur praktisch-klinischen und wissenschaftlichen Tätigkeit sowie zur Lehre der Sportmedizin, in Kooperation mit den medizinischen Disziplinen zu schaffen, damit der dringende Bedarf an Nachwuchskräften gesichert werden und der Stand der Ausbildung einer fachärztlich qualifizierten Kraft auf dem Gebiet der Sportmedizin entsprechen kann?
7. Abgeordneter
Rollmann
- Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß viele Aussiedler aus den Oder-Neisse-Gebieten nur aus dem Grunde längere Zeit in den Durchgangslagern bleiben, weil die seit fast 20 Jahren unveränderte Einrichtungsbeihilfe von bis zu 1700 DM nach dem LAG-Gesetz zur Einrichtung eines Haushalts bei weitem nicht mehr ausreicht und die Aussiedler infolgedessen im Lager erst auf eine Haushaltseinrichtung hin sparen müssen?
8. Abgeordneter
Rollmann
- Mit welchen Beträgen und mit welchem Prozentsatz vom Gesamtumfang hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Durchführung des Goldenen Plans für die Errichtung von Sportstätten unterstützt?
9. Abgeordneter
Gottesleben
- Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, Vorstellungen der französischen Grenzgemeinde Petite Rosselle gegen eine untragbar gewordene Verschmutzung der Rossel bei der französischen Regierung durch eigene Schritte wirksam zu unterstützen, damit das Einführen industrieller, Ekel, Übelkeit und nachweislich auch Krankheiten verursachender Abwässer in die Merl und in die Rossel durch auf französischer Seite gelegene chemische Werke ein für allemal unterbleibt?

10. Abgeordneter
Gottesleben
- Wird sich die Bundesregierung damit eines im Rahmen des Umwelt-, des Gewässer- und bei Überflutung auch des Kulturschutzes vordringlich gewordenen Anliegens der Gemeinde Großrosseln, die sich in beispielgebendem nachbarschaftlichen Einvernehmen mit der französischen Gemeinde Petite Rosselle um auf Dauer befriedigende Verhältnisse von Wasser und Luft im Merl- und im Rosseltal bisher ohne nachhaltigen Erfolg bemüht, annehmen, und wird sie durch geeignete Einflußnahme bei der französischen Regierung der beiderseitigen Grenzbevölkerung dazu verhelfen, daß seitens der in Frage kommenden Industriebetriebe — vornehmlich in Carling und in Marienau — Grundregeln zur Sauberhaltung von Wasser und Luft und damit zur Erhaltung der Gesundheit beachtet werden?
11. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einem Vergleich der Grundgehälter und Zulagen der Beamten des höheren Dienstes bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft mit denen der Beamten beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Differenzen zwischen 100 DM bis 350 DM zu Ungunsten der wissenschaftlich tätigen Beamten der Bundesanstalt bestehen?
12. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Ist die Bundesregierung bereit, von der im Ersten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 18. März 1971 (BGBl. I S. 208) § 6 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes eingefügten Ermächtigung Gebrauch zu machen und einen erhöhten Anteil von Beförderungsämtern vorzusehen zur Dienstpostenbewertung der beamteten Wissenschaftler, damit ihre Bezüge denen vergleichbarer Wissenschaftler im Hochschulbereich entsprechen?
13. Abgeordneter
Kiechle
- Hält die Bundesregierung die vom Bundesminister des Innern in der 143. Sitzung des 3. Deutschen Bundestages gegebene Beurteilung u. a. der „Deutschen Volkszeitung“ und der Zeitschrift „konkret“ als tarnkommunistische Publikationen für zutreffend?
14. Abgeordneter
Kiechle
- Gibt es Änderungen in den Redaktionsprogrammen und der politischen Ausrichtung der genannten Blätter, die dieses Urteil ggf. heute nicht mehr gerechtfertigt erscheinen lassen, und um welche Änderungen handelt es sich dabei?
15. Abgeordneter
Dr. Franz
- Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, die unterschiedliche Abrechnung von Beihilfeanträgen von Privat-

versicherten und Versicherten in einer Ersatzkasse oder in einer RVO-Kasse dahin abzuändern, daß die Gesamterstattung im Höchstfall 100% beträgt?

16. Abgeordneter
Dr. Franz

Sieht die Bundesregierung die Regelung im Hinblick auf den jetzt allen Versicherten, soweit sie Arbeitnehmer sind, zustehenden Arbeitgeberanteil als dringlich an, um zukünftig zu vermeiden, daß gerade die höherverdienenden Arbeitnehmer aus der bestehenden Regelung trotz des Zuschusses des Arbeitgebers zum Versicherungsbeitrag einen zu Lasten der Allgemeinheit gehenden Vorteil über die Aufwendungen im Einzelfall hinaus erzielen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

17. Abgeordneter
Rock

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die vom Parlamentarischen Staatssekretär Rosenthal für das Werk Voigtländer in Braunschweig zugesagte Hilfe zu realisieren?

18. Abgeordneter
Zebisch

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Wohnungsbau in bestimmten Gebieten in den Rahmen der Entwicklungshilfe aufzunehmen, und wird sie dort tätige Unternehmen mit in die Hermes-Bürgschaft aufnehmen?

19. Abgeordneter
Zebisch

Besteht die Möglichkeit, außerhalb der Entwicklungshilfe Wohnungsbauaktivitäten in Entwicklungsländern ausnahmsweise mit Hermes-Garantien zu unterstützen?

20. Abgeordneter
Dr. Hauff

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der von der Europäischen Kommission vor kurzem vorgelegten Studie über die mangelnde Produktivität und zu kleinen Betriebsgrößen der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie ziehen (Studienreihe: Industrie — 1971, Nr. 4)?

21. Abgeordneter
Meister

Wie weit darf nach Auffassung der Bundesregierung die Geldentwertung fortschreiten, bis sie gesetzliche Maßnahmen für die Aufwertung der Hypotheken oder für eine Hypothekengewinnabgabe ergreift?

22. Abgeordneter
Weigl

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die im vergangenen Jahr in Österreich eingeführte Steuerfreiheit für ein Drittel der Überstundenentlohnungen auch in der Bundesrepublik Deutschland einführen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

23. Abgeordneter
Dr. Hauff Wird die Bundesregierung den Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung neu definieren, nachdem durch den Wegfall der Versicherungspflichtgrenze (Finanzänderungsgesetz vom 21. Dezember 1967) eine möglicherweise ungewollte Veränderung der Rechtslage entstanden ist, die in der betrieblichen Praxis jedoch wenig Beachtung findet?
24. Abgeordneter
**Dr. Wittmann
(München)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Abwicklung des deutsch-österreichischen Rentenversicherungsabkommens in Einzelfällen dazu führt, daß bis zur Gewährung einer österreichischen Rente durchschnittlich 1½ Jahre vergehen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die dadurch entstehenden Härten für die Rentenberechtigten zu beseitigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

25. Abgeordneter
Dr. Häfele Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, ähnlich wie etwa in Italien und Spanien, die Möglichkeit, alten deutschen Menschen, die im Ausland leben und eine solche Reise nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können, zu einem Besuch in der Heimat zu verhelfen?
26. Abgeordneter
Dr. Häfele Wenn nicht, ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, daß eine Möglichkeit geschaffen werden sollte, in jedem Jahr Deutschlandbesuche für eine bestimmte Anzahl von älteren Personen zu finanzieren?
27. Abgeordneter
von Thadden Ist der Bundesregierung bekannt, daß an der Universität des Saarlandes eine Forschergruppe seit 1966 Farbstoffe in kosmetischen Präparaten aller Art untersucht, und gedenkt die Bundesregierung, dieses Institut für die zentrale Überwachung der betreffenden Farbstoffe im gesamten Bundesgebiet einzusetzen, denn das Saarbrücker Zentrum würde dazu schon heute bereits fast alle technischen Voraussetzungen erfüllen?

**Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

28. Abgeordneter
Dr. Beermann Wird der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen in Anbetracht der Tatsache, daß die für Schleswig-Holstein zum olympischen Programm gehörenden Baumaßnahmen 1972 weitere größere Bauvorhaben im Wahlkreis Stormarn — Herzogtum Lauenburg verhindern, wenigstens für das Jahr 1973 dem Ausbau bzw. Neubau der B 5 Hamburg zur Staatsgrenze DDR höchste Priorität einräumen, zumal wegen des nunmehr abgeschlossenen Viermächte-Abkommens über Berlin zu erwarten ist, daß das Verkehrsaufkommen auf der B 5 wegen der dann freien Zufahrtswege nach Berlin erheblich ansteigen dürfte?
29. Abgeordneter
Picard Hält die Bundesregierung den außerordentlich schlechten Zustand der B 26 im Bereich von Babenhausen und die verkehrsgefährdenden Einmündungen mehrerer Nebenstraßen so lange für vertretbar, bis die B 26 verlegt wird?
30. Abgeordneter
Picard Wann ist mit der Verkehrsübergabe der B 26 neu im Bereich Babenhausen zu rechnen?
31. Abgeordneter
Seefeld Kann die Bundesregierung schon jetzt übersehen, ob sich die Ferienordnung für das Jahr 1971 im Hinblick auf eine Entzerrung des Straßenverkehrs bewährt hat, und hält sie die in der Presse erhobenen Behauptungen über unnötige „unmotivierte Überschneidungen“ für gerechtfertigt?
32. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Hinblick auf die Sicherheit der Bevölkerung Raunheims die Planung und Finanzierung der neuen B 43 zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Raunheim zu beschleunigen, nachdem der Umsturz eines Tankwagens vor wenigen Wochen erneut die große Unfallgefahr in der Ortsdurchfahrt deutlich gemacht hat?
33. Abgeordneter
Bäuerle Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in der Nähe von Flughäfen wohnende Bevölkerung immer stärker werdenden Fluglärm ausgesetzt ist?
34. Abgeordneter
Bäuerle Was hat bzw. wird die Bundesregierung unternehmen, um einzuwirken, daß z. B. lärmärmere Flugzeugmotore entwickelt werden?

35. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Lahr mit ihren 26 000 Einwohnern sich insofern in einer schwierigen Ausnahmesituation befindet, als durch die Belegung mit ca. 12 000 Kanadiern — einschließlich Familienangehörigen —, die mit etwa 4000 privaten Pkws, mehr als 1000 Dienstfahrzeugen und mit Schützenpanzern das Straßennetz der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung in wirklich außergewöhnlichem Umfang belasten, der Verkehr mehrmals täglich an verschiedenen Punkten zusammenbricht, ganz abgesehen von den Belästigungen für die Bevölkerung und den wirtschaftlichen Anspannungen für die Stadtverwaltung?
36. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher** Ist die Bundesregierung in Abwägung dieser für sich sprechenden Umstände bereit, die besondere Wichtigkeit des Baus des Lahrer Autobahnzubringers durch rasche Bereitstellung außerordentlicher Mittel für die Weiterführung des Zubringerbaus anzuerkennen?
37. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß in absehbarer Zeit wieder mit einem fahrplanmäßigen Verkehr entsprechend der ab 25. September 1971 geltenden Fahrzeiten zu rechnen ist, nachdem in den letzten Wochen die Anzahl der Verspätungen, insbesondere auch bei den sonst in der Vergangenheit fast immer pünktlichen Fernschnellzügen, so erheblich angestiegen ist, daß man bei Reisen mit der Deutschen Bundesbahn kaum mehr mit pünktlichem Eintreffen und dem Erreichen von Anschlüssen rechnen kann?
38. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die Deutsche Lufthansa dahin gehend einzuwirken, daß der innerdeutsche Linienverkehr auf der Strecke München und zurück mit einigermaßen pünktlichen Flugzeiten durchgeführt werden kann, nachdem in den letzten Wochen und Monaten die Mittagsmaschine von München nach Köln 11.45 Uhr und die Abendmaschine von Köln nach München 21.45 Uhr fast ununterbrochen mit mehrstündigen Verspätungen geflogen sind?
39. Abgeordneter **Hansen** Entspricht das Eisenbahnkreuzungsgesetz in der Fassung vom 21. März 1971 den Forderungen der Bundesregierung, wonach jedes Gesetz auf seine Umweltrelevanz zu prüfen ist?

40. Abgeordneter
Hansen
- Ergeben sich aus der geforderten Beachtung von Gesichtspunkten des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung nicht auch finanzielle Konsequenzen bei der Kostenteilung für beabsichtigte Baumaßnahmen, wenn zum Beispiel eine eindeutig umweltfreundlichere Tieferlegung von Geleisen (Schalldämmung, Schutz vor Unfallauswirkungen gefährlicher Transportgüter) erhöhte Aufwendungen erforderlich machen?
41. Abgeordneter
Dr. Kliesing
(Honnef)
- Sind die Schreiben des Stadtdirektors der Stadt Königswinter vom 30. Dezember 1969, 2. April 1970 und 5. Mai 1970 betreffend Weiterbau der EB 42 inzwischen auf dem Dienstweg bei dem Herrn Bundesminister für Verkehr eingetroffen?
42. Abgeordneter
Dr. Evers
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn durch das Hereinführen ihrer Fernverbindungen in den innerstädtischen Bereich einerseits einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrserschließung unserer Großstädte leistet, auf der anderen Seite aber auch eine erhebliche Lärmbelästigung der Bevölkerung durch Beschleunigungs- und Abbremsvorgänge der Züge der Deutschen Bundesbahn verursacht, deren Beseitigung mit technisch vertretbarem Aufwand im Interesse der Bevölkerung liegt?
43. Abgeordneter
Dr. Evers
- Ist die Bundesregierung bereit, kurzfristig durch Vergabe von Entwicklungsaufträgen oder durch konkrete Maßnahmen sicherzustellen, daß aller im Fahrwerkbereich entstehender Lärm durch begleitende abschirmende Elemente absorbiert und dadurch in seinen negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung reduziert wird, um auf diese Weise einen Beitrag zur Lärmbekämpfung im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung unserer Umweltbedingungen zu leisten?
44. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
- Weshalb hat die Bundesregierung, wie die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel anläßlich einer Besichtigung am 4. Oktober 1971 mitgeteilt hat, bisher nicht entschieden, an welcher Stelle und in welcher Weise die feste Kanalkreuzung (Tunnel oder Brücke) mit dem Nord-Ostseekanal im Raum Brunsbüttel gebaut werden soll, und welche Kanalkreuzung hält die Bundesregierung für die verkehrspolitisch zweckmäßigste?

45. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll) Stimmt es, daß das Land Schleswig-Holstein einem Chemie-Konzern vor dessen Erwerb von Boden zur Industrieansiedlung die Zusage gegeben hat, daß eine Verlegung der B 5 aus der Ortslage Brunsbüttel und damit ebenfalls der Bau der festen Kanalkreuzung außerhalb von Brunsbüttel erfolgen werde, und ist diese eventuelle Zusage mit der Bundesregierung abgestimmt worden?
46. Abgeordneter
Urbaniak Ist nach der Übergabe der Bundesautobahn zwischen der B 1 in Dortmund und Gießen am 25. Oktober 1971 sichergestellt, daß die Bundesautobahn zwischen der B 1 im Süden und der Bundesautobahn Ruhrgebiet/Hannover im Norden unverzüglich ausgebaut wird?
47. Abgeordneter
Urbaniak Ist darüber hinaus sichergestellt, daß ausreichende Haushaltsmittel bereitstehen, um die Fertigstellung 1973 zu erreichen?
48. Abgeordneter
Weigl Bis wann kann mit einer Verwirklichung des Vorschlags der Direktorin des Arbeitsamtes Weiden gerechnet werden, den Anschluß der nördlichen Oberpfalz an die Autobahn Amberg—Nürnberg über eine Schnellstraße Weiden—Amberg sicherzustellen?
49. Abgeordneter
Hussing Unter Bezugnahme auf die mir unter dem 22. September 1971 erteilte Antwort auf meine Anfrage 44 der Drucksache VI/2575, Teil B, in der zweimal von der Westumgehung Hanaus im Zuge der B 45 gesprochen wird, frage ich die Bundesregierung, ob es bekannt ist, daß die Stadt Hanau offensichtlich im Einvernehmen mit der Landesstraßenbauverwaltung keine Westumgehung plant sondern eine Trasse für die B 45, die entlang der Kinzig durch die Stadt führt und vorwiegend innerstädtischem Verkehr dienen soll?
50. Abgeordneter
Hussing Kann ich aus der vorzitierten Antwort schließen, daß Überlegungen der Bundesregierung dahin gediehen sind, eine echte Westumgehung der Stadt Hanau anzulegen, die zwischen den Städten Hanau und Dörnigheim zu verlaufen hätte und damit auch den Dörnigheimer Raum mit zukünftig mehr als 50 000 Einwohnern an die B 45 anbände, und sind für eine solche Trassenführung auch die Belange des Umweltschutzes maßgebend gewesen?

51. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der Spessart-Haseltal-Brücke bei Rohrbrunn im Verlaufe der Bundesautobahn Frankfurt—Nürnberg allein in der Zeit vom 1. Januar 1970 bis 30. September 1971 sich 73 Unfälle mit überwiegend schweren Folgen ereignet haben, wobei die gefährlichste Unfallursache die dort zu außergewöhnlichen, vom Kraftfahrer nach seinen sonstigen Erfahrungen nicht voraussehbaren Jahres- und Tageszeiten auftretende Glatteisbildung ist?
52. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu veranlassen, daß dort unverzüglich übergroße beleuchtete Verkehrszeichen (Zeichen 114) mit dem Zusatz „Gefahr unerwarteter Glatteisbildung“ und in Verbindung mit den beleuchteten Zeichen thermostatgesteuerte gelbe Blinkleuchten aufgestellt werden, wobei der Thermostat so eingestellt wird, daß bei einer Brückentemperatur, die zur Glatteisbildung führen kann, die gelbe Blinkleuchte eingeschaltet wird?
53. Abgeordneter
Pfeifer
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Deutsche Institut für Fernstudien u. a. auch deshalb von Tübingen in eine andere Stadt der Bundesrepublik Deutschland verlegt werden soll, weil der unzureichende Verkehrsan-schluß Tübingens mit dem Großraum Stuttgart sowohl auf der Straße als auch auf der Bahn Tübingen als weiteren Standort unzureichend erscheinen lassen, und ist die Bundesregierung bereit, diesen zunehmenden Standortnachteil Tübingens für überregionale Einrichtungen dadurch zu beheben, daß die Verkehrsverbindungen zwischen Tübingen und dem Großraum Stuttgart innerhalb eines kürzeren Zeitraumes verbessert werden, als dies derzeit beispielsweise im ersten Fünfjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen oder in der derzeitigen Planung für den Bau des Stuttgarter S-Bahnnetzes vorgesehen ist?
54. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
- Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt oder sieht sie sich in der Lage, denjenigen Gemeinden, die im Zusammenhang mit dem Unfallrettungsdienst in ihrem jeweiligen Bereich auch Autobahnstrecken betreuen und dort häufig im Einsatz sind, Zuschüsse aus Bundesmitteln für die technische Ausrüstung zu gewähren?
55. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß der freiwillige Einsatz der im Unfallrettungsdienst besonders auf Autobahnen Tätigen

es verdient, die Gemeinden durch Bundesmittel in die Lage zu versetzen, Einsatzfahrzeuge gut auszurüsten und zu unterhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

56. Abgeordneter
Staak
(Hamburg) Ist der Bundesregierung bekannt, daß als Folge bestehender Gesetzesbestimmungen, wie im Fall des hamburgischen Wegegesetzes, die Schneeräumungsverpflichtung der Hausbesitzer häufig vertraglich auf die Paterrebewohner abgewälzt wird, und dieser Zustand gerade für alte und gebrechliche Leute eine unerträgliche Belastung darstellt?
57. Abgeordneter
Staak
(Hamburg) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die 2. Berechnungsverordnung vom 1. Januar 1971 mit den in der Anlage 3 Nummer 6 ausgewiesenen Betriebskostenanteilen („Hierzu gehören die für die öffentliche Straßenreinigung und Müllabfuhr zu entrichtenden Gebühren oder die Kosten entsprechender nicht öffentlicher Maßnahmen“), sowie die Altbau-mietenverordnung, beinhalten, daß die aus der Schneeräumung auftretende Belastung gleichmäßig als Betriebskosten oder durch eine finanzielle Umlage auf alle Mieter verteilt werden kann, oder daß es hierzu einer gesetzlichen Klarstellung bedarf?
58. Abgeordneter
Jung Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen angestellt, ob die Vergünstigungen bei vorzeitiger Ablösung öffentlicher Baudarlehen für Eigenheime auch auf solche Darlehen ausgeweitet werden können, die für Mietwohngebäude gewährt wurden?
59. Abgeordneter
Jung Würde eine solche Ausweitung nicht den erhöhten Rückfluß von Wohnungsbaumitteln bewirken, die dann zweckgebunden wieder für die verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

60. Abgeordnete
Frau Dr. Walz Welchen Stellenwert im Rahmen ihrer Bildungs- und Wissenschaftspolitik räumt die Bundesregierung der Bildungsforschung ein,

nachdem das Ausgabesoll 1970 9 Millionen DM betrug, die Ist-Ausgaben jedoch nur 1,8 Millionen DM, wobei das Soll für 1971 in Höhe von 36 Millionen DM vermutlich auch nicht erreicht wird?

Bonn, den 15. Oktober 1971